

#IHK-Umfrage zur Energiewende in NRW

August 2024

Klimaneutralität 2045 im Blick – Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr

Die Auswirkungen der Energiekrise belasten die Wirtschaft, insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Eine unklare Linie in der Energiepolitik und das hohe Tempo neuer Gesetze und Verordnungen verunsichern die Unternehmen zusätzlich. Diese gesetzlichen Anforderungen betreffen vor allem die verschärften Klimaschutz- und Energieeffizienzziele der Bundes- und Landesregierung.

Das diesjährige „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ fasst die bundesweiten Ergebnisse einer Online-Umfrage unter 3.283 Unternehmen zusammen, darunter 774 aus Nordrhein-Westfalen. Ziel der Umfrage ist es, eine umfassende Bewertung des Fortschritts der Energiewende und der aktuellen Klima- und Energiepolitik zu erhalten. Befragt wurden Unternehmen, die sich in den IHK-Gremien engagieren sowie weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation. Die Ergebnisse für Deutschland können Sie [hier](#) abrufen.

Key-Facts:

- 83 Prozent der Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens 2045 klimaneutral zu sein.
 - 64 Prozent der Unternehmen planen, eigene erneuerbare Energiekapazitäten aufzubauen, setzen diese gerade um oder haben bereits entsprechende Maßnahmen realisiert.
 - 62 Prozent der Unternehmen sehen dabei Bürokratie als größtes Hindernis bei Ihren Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz
 - 82 Prozent der Unternehmen geben an, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein sollten.
 - 58 Prozent der Unternehmen geben an, dass sich die Rahmenbedingungen für Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien und Direktlieferverträgen verbessern sollten.
 - 39 Prozent der Unternehmen sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit am Standort Deutschland durch hohe Energiepreise gefährdet.
-

NRW-Unternehmen zielen auf Klimaneutralität 2045

Die Zeit für die klimaneutrale Transformation der Gesellschaft drängt. Bis 2045 soll Deutschland klimaneutral werden. Dass diese Zielsetzung aus dem deutschen Klimaschutzgesetz nicht nur eine rein politische Absichtsbekundung ist, sondern auch die Wirtschaft eine aktive Rolle bei der Zielerreichung einnimmt, zeigt die aktuelle IHK-Umfrage zum Stand der Energiewende in der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Über 83 Prozent der antwortenden Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen haben sich selbst das Ziel gesetzt, bis spätestens 2045 klimaneutral zu wirtschaften. Rund ein Fünftel (21 Prozent) der antwortenden Unternehmen will sogar bereits 2030 treibhausgasneutral sein (siehe Abbildung 1). Weitere 15 Prozent der Unternehmen wollen bis 2040 und rund 49 Prozent bis 2045 klimaneutral wirtschaften. In Branchen wie dem Handel geben sogar über 88 Prozent der antwortenden Unternehmen an, die Zielsetzung aus dem deutschen Klimaschutzgesetz, bis 2045 treibhausgasneutral zu sein, erreichen zu wollen.

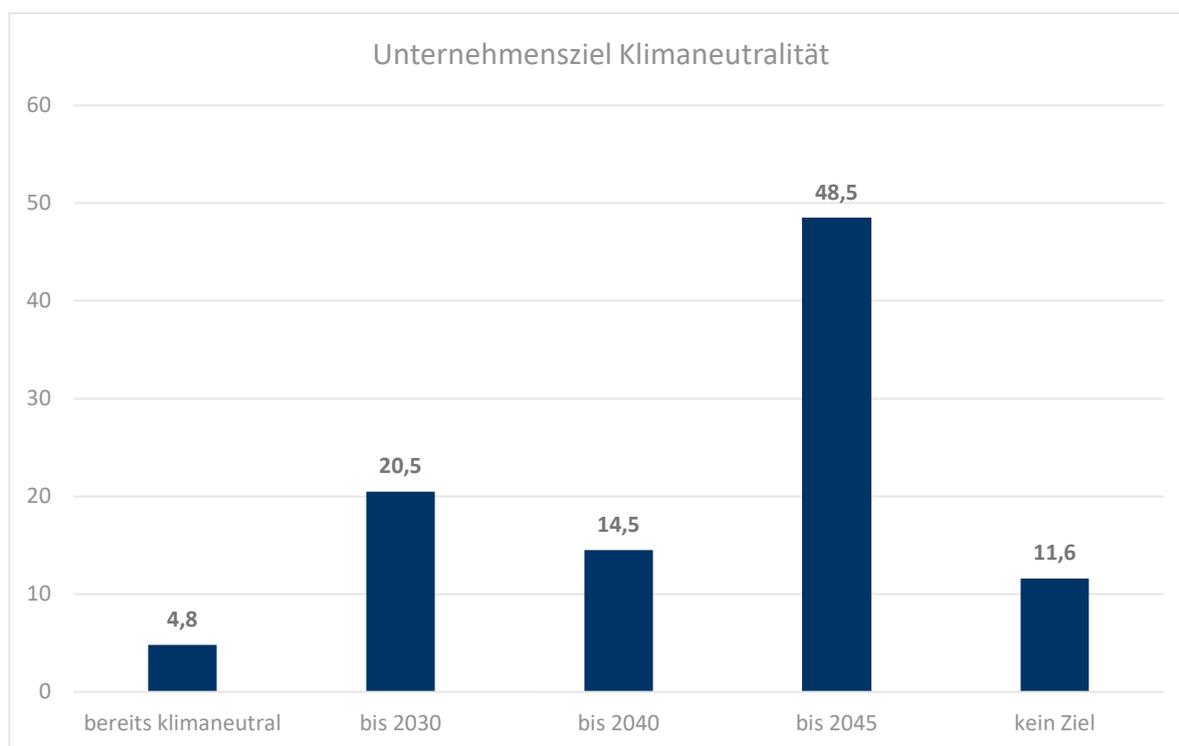


Abbildung 1: Unternehmensziel Klimaneutralität; Angaben in Prozent.

Unternehmen setzen auf Erneuerbare

Die Verbindlichkeit, die sich die Unternehmen bei der Erreichung dieses ambitionierten Ziels geben, zeigt sich auch an dem gesteigerten Einsatz von erneuerbaren Energien. Immer mehr Unternehmen forcieren dabei den Aufbau eigener erneuerbarer Energieerzeugungskapazitäten: 2020 setzten noch rund 50 Prozent der antwortenden Unternehmen über die Branchen auf den Aufbau eigener EE-Erzeugungskapazitäten. Im Jahr 2024 planen 64 Prozent der Unternehmen, eigene erneuerbare Energiekapazitäten aufzubauen, realisieren diese gerade oder haben bereits Maßnahmen verwirklicht (siehe Abbildung 2). In den vornehmlich energieintensiven Industriebranchen sind es sogar 83 Prozent der Betriebe, die eigene Kapazitäten aufbauen oder aufgebaut haben. Rund ein Drittel (32,2 Prozent) dieser Maßnahmen konnte durch Industrieunternehmen bereits realisiert werden.

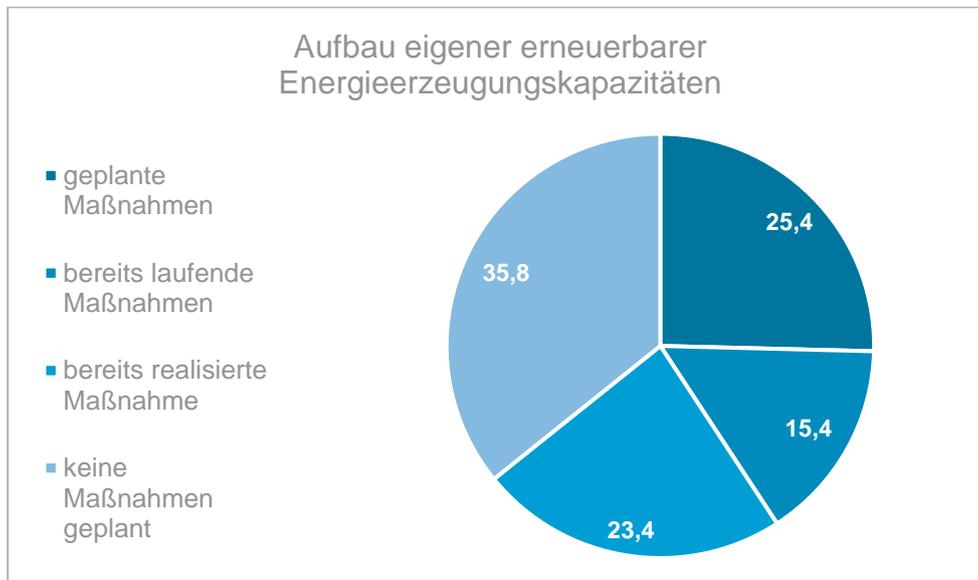


Abbildung 2: Aufbau eigener erneuerbarer Energieerzeugungskapazitäten; Angaben in Prozent.

Als weitere relevante Stellschraube zur Erreichung des 2045er-Ziels gilt die Einsparung von Energie durch gezielte Energieeffizienzmaßnahmen. Viele Unternehmen greifen hier auf einen Mix verschiedener Maßnahmen zurück, um die Energieeffizienz im Unternehmen zu steigern. Die Nutzung eines Energiemanagementsystems wird zum Jahr 2024 für mehr Unternehmen relevant. Rund ein Drittel (29,5 Prozent) der Unternehmen nutzt ein solches System (im Jahr 2023 waren es 21,5 Prozent). Zugleich sind Investitionen in effiziente Technologien für den überwiegenden Teil der Unternehmen (73 Prozent) der wichtigste Hebel zur Einsparung von Energie.

Potenzial „Energieeffizienz“ kommt an Grenze

Neben der Einsparung von Ressourcen sparen die Unternehmen durch Energieeffizienzmaßnahmen auch Kosten ein, sodass entsprechende Maßnahmen ohnehin bei vielen Unternehmen seit jeher von großer Bedeutung sind. Die im internationalen Vergleich hohen Energiekosten am Standort Deutschland bzw. NRW machen nun weitere Maßnahmen zur Einsparung von Energie relevant, die in der Vergangenheit nicht zu wirtschaftlichen Konditionen realisiert werden konnten. Größere Einsparpotenziale zwischen 5 bis 10 Prozent oder gar von über 10 Prozent des Endenergieverbrauchs (Strom, Wärme, Kraftstoffe) wurden in der Vergangenheit jedoch bereits vielfach umgesetzt und sind dementsprechend begrenzt. Rund ein Fünftel (22,2 Prozent) der Unternehmen kann aktuell geringe einstellige Einsparpotenziale von 0 bis 2 Prozent beim Endenergieverbrauch ihres Unternehmens realisieren. Ein Viertel der Unternehmen spricht von Einsparpotenzialen zwischen 2 und 5 Prozent.

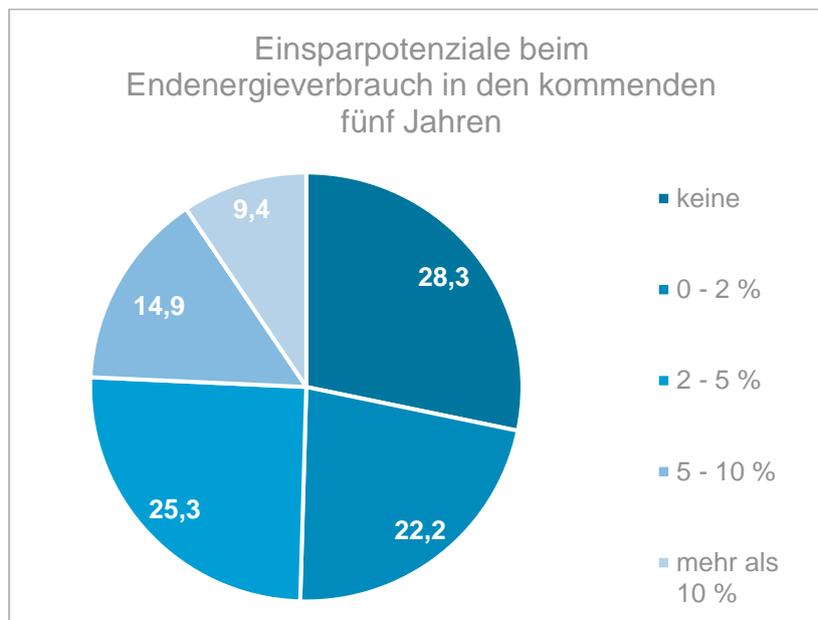


Abbildung 3: Einsparpotenziale beim Endenergieverbrauch in den kommenden fünf Jahren; Angaben in Prozent.

Investitionszurückhaltung verfestigt sich

Die nach wie vor hohen Energiepreise, die noch immer deutlich über dem Vorkrisenniveau liegen, belasten die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Rund zwei Fünftel (38,7 Prozent) der Unternehmen über alle Branchen sprechen von einem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit am Standort aufgrund der hohen Energiepreise. In den tendenziell exportorientierten Unternehmen der Industrie sprechen 61 Prozent der Unternehmen von einer schwierigen Wettbewerbssituation. Der Vergleich mit der vorangegangenen Umfrage aus dem Jahr 2023 zeigt, dass sich die Wettbewerbssituation der Unternehmen trotz der einstweiligen Stabilisierung der Energiepreise im Jahresverlauf 2023 und 2024 nur marginal verbessern konnte. Damals sprachen 42 Prozent der Unternehmen über alle Branchen hinweg von einer kritischen Wettbewerbssituation aufgrund der hohen Kosten für Energie. In der Industrie waren es 64 Prozent der Unternehmen.

Die angespannte Wettbewerbssituation aufgrund hoher Energiepreise – die sich seit über zwei Jahren auf einem hohen Niveau bewegen – führt zu einer steigenden Investitionszurückhaltung der Unternehmen. Geld, das in den vergangenen Jahren in das Auffangen der gestiegenen Energiekosten floss, fehlt den Unternehmen nun vielfach bei wichtigen Investitionsprojekten.

Die Folge: Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, in Forschung und Innovation sowie in Kernprozesse werden zurückgestellt. Die Anzahl von Unternehmen, die aufgrund der hohen Energiepreise Investitionen in Kernprozesse vertagen müssen, steigt von 26,1 Prozent in 2022 auf 31,7 Prozent in 2024. Ein Anstieg um 5,6 Prozentpunkte. In der Industrie berichten über 42 Prozent der antwortenden Unternehmen von nicht getätigten Investitionen in Kernprozesse; im Vergleich zum Jahr 2022 ein Anstieg um 10,6 Prozentpunkte (2022 bei 31,6 Prozent). Auch die Anzahl der Unternehmen, die aufgrund der Energiekosten Investitionen in Forschung und Innovation aufschieben müssen, steigt von 12,9 (2022) auf 13,7 Prozent (2024).

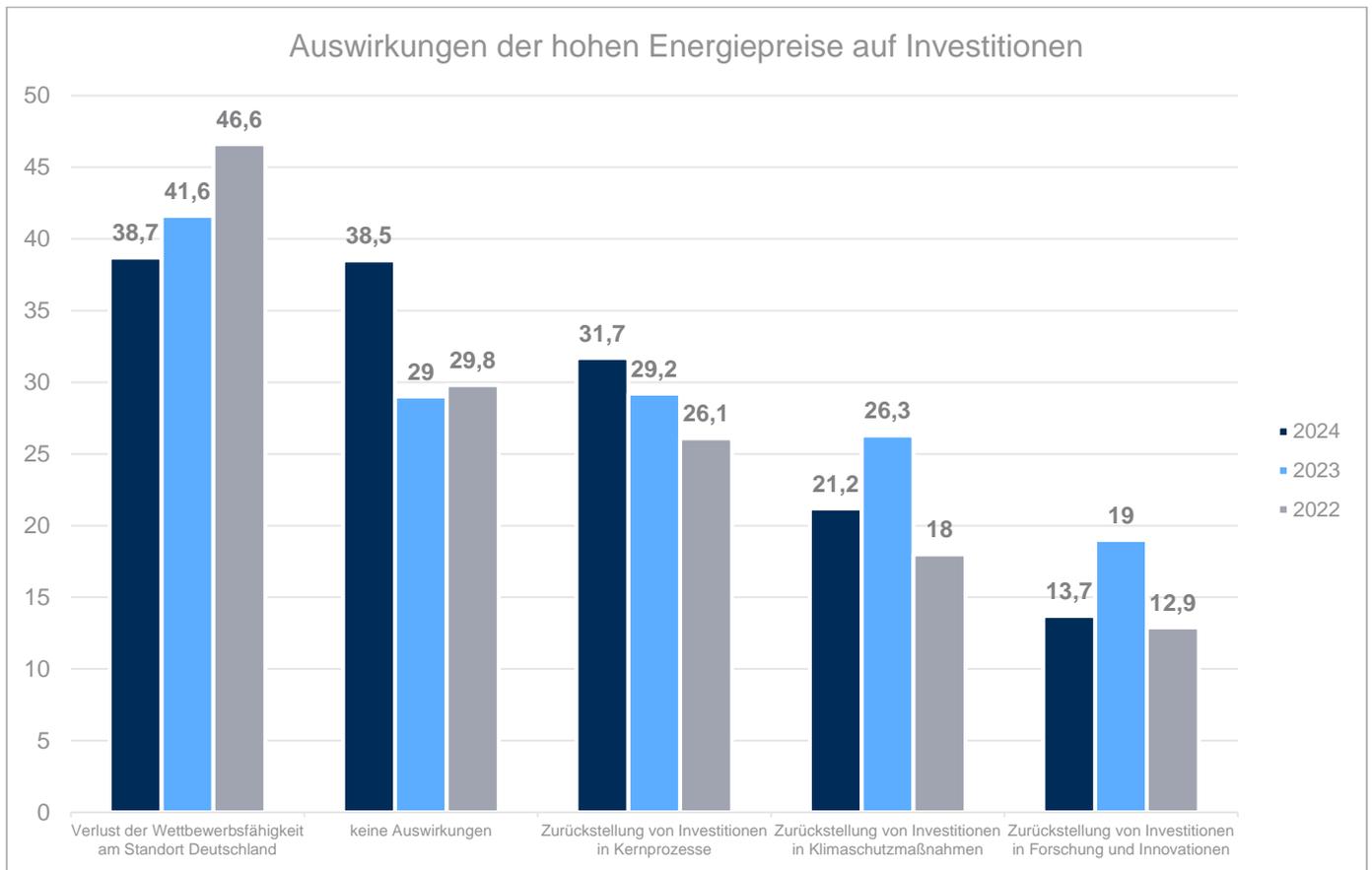


Abbildung 4: Auswirkungen der hohen Energiepreise auf Investitionen; Angaben in Prozent, Mehrfachnennung möglich.

Bürokratie-Ballast kostet zusätzlich wertvolle Energiewende-Dynamik

Zudem stellt die umfassende Bürokratie für einen Großteil der Unternehmen ein Hindernis für betriebliche Transformationsbemühungen dar. Fast zwei Drittel (61,8 Prozent) der Unternehmen sehen darin das Haupthindernis für eine erfolgreiche Energiewende (siehe Abbildung 5). Mit Blick auf das Jahr 2022 ein Anstieg von 8,5 Prozentpunkten (2022 bei 53,3 Prozent). Zusätzlich vermissen viele Unternehmen eine verlässliche Energiepolitik. Im Vergleich zur Umfrage aus dem Jahr 2022 nimmt die Anzahl der Unternehmen, die darin ein Hindernis sehen, signifikant um 41,2 Prozentpunkte zu (in 2022 14,2 Prozent; in 2024 55,4 Prozent). In der Industrie steigt die Anzahl der Unternehmen sogar um 56,8 Prozentpunkte auf über 68 Prozent (in 2022 11,3 Prozent). Zudem werden langsame Planungs- und Genehmigungsverfahren von fast der Hälfte (46,3 Prozent) aller Unternehmen als eine Hürde für zielgerichteten Klimaschutz gesehen. Eine Steigerung im Vergleich zum Jahr 2022 um 5 Prozentpunkte.

Deutlich wird, dass die Herausforderungen im Zuge der Energiewende für die Unternehmen mehrdimensional sind. Investitionen für den initialen Bau von erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen sind hoch, was besonders für kleine und mittelständische Unternehmen in der aktuellen konjunkturell angespannten Situation eine zusätzliche Belastung darstellt. Weiterhin fehlt es in der Breite an ausreichend qualifizierten Fachkräften in öffentlichen Verwaltungen, Planungsbüros sowie Handwerk und Industrie, die für die Planung, Herstellung, Installation und Wartung der Anlagen notwendig sind.

Auch die Unsicherheiten in Bezug auf die langfristige Stabilität der politischen Rahmenbedingungen und Förderprogramme halten Unternehmen mitunter davon ab, in erneuerbare Energien zu investieren. Schließlich stellt der Mangel an geeigneten Flächen, insbesondere in dicht besiedelten Regionen mit ohnehin begrenzten Gewerbe- und Industrieflächen, eine weitere Hürde dar, die den Ausbau eigener erneuerbarer Energieerzeugungskapazitäten erschwert.

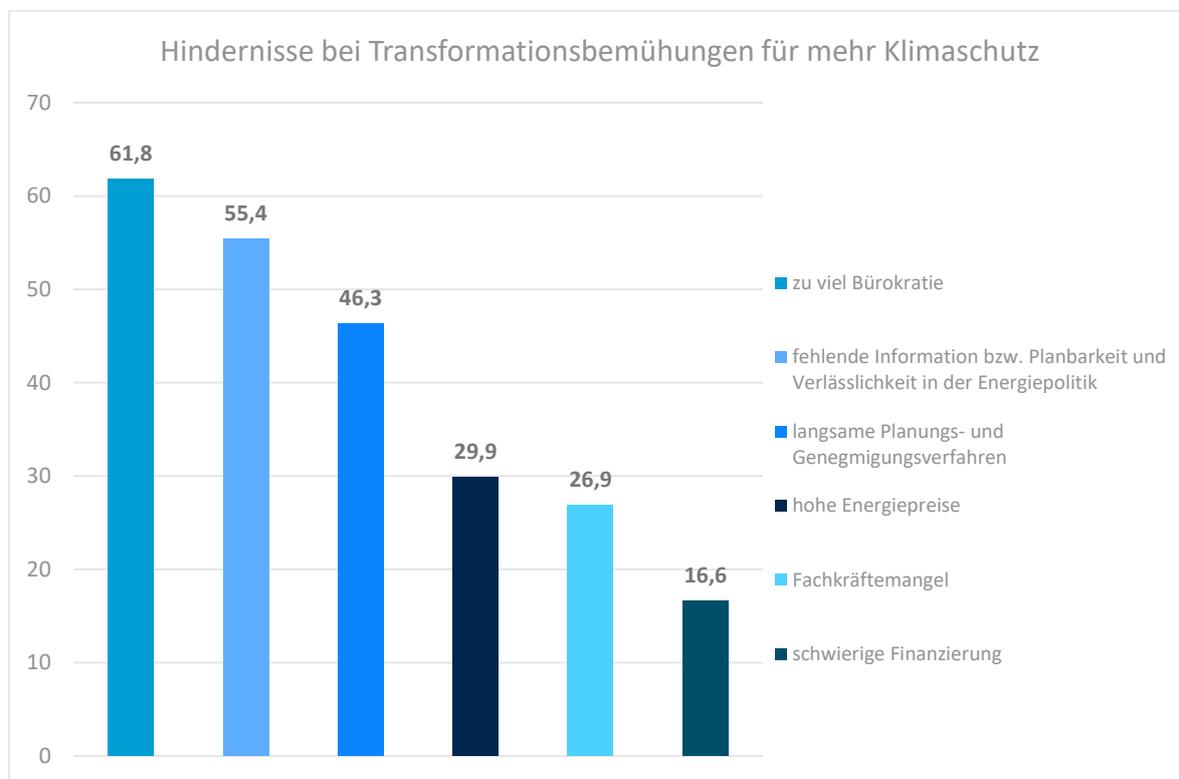


Abbildung 5: Hindernisse bei Transformationsbemühungen für mehr Klimaschutz; Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich.

Energiewende vorantreiben, Wettbewerbsfähigkeit herstellen

Die Auswertung des diesjährigen Energiewendebarmometers zeigt, dass die Unternehmen die Energiewende aktiv vorantreiben. Dennoch zeigt sich auch, dass die Wettbewerbsfähigkeit für viele Unternehmen aufgrund der gegenwärtigen Rahmenbedingungen – u.a. hohe Energiekosten, umfassende Bürokratie und Fachkräftemangel – schwindet. In der Frage, welche Auswirkungen die Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit des Betriebs besitzt, sehen 43,6 Prozent der Unternehmen darin negative bis sehr negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens. Von den Industrieunternehmen kommen 65 Prozent der antwortenden Unternehmen zu einer solchen Einschätzung. Die Anzahl derer, die positive Auswirkungen verzeichnen können, liegt über alle Branchen hinweg bei 14 Prozent. 38 Prozent bewerten die Auswirkungen als neutral.

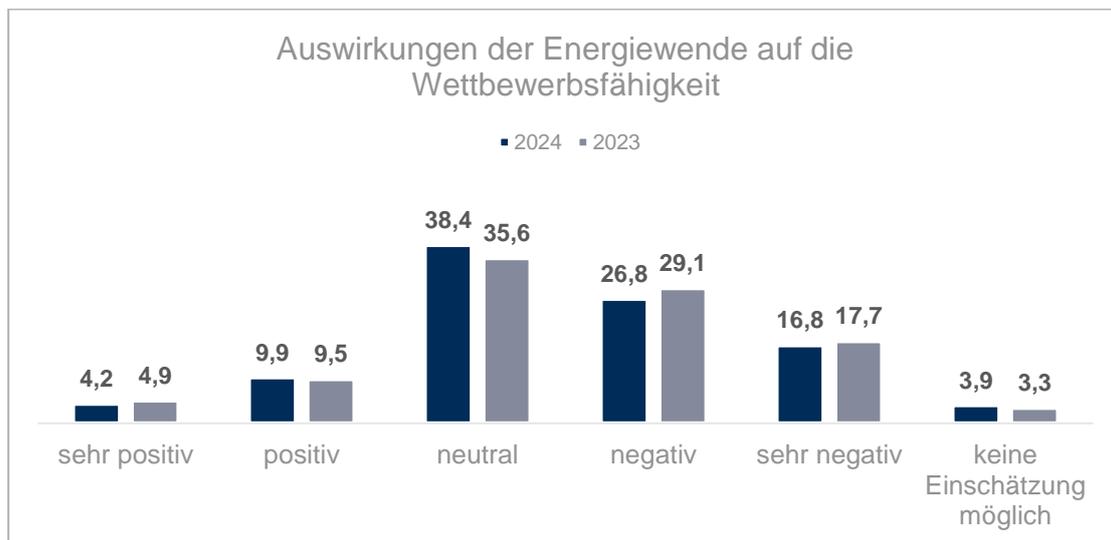


Abbildung 6: Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit; Angaben in Prozent.

Für eine erfolgreiche Energiewende und die Transformation unseres Wirtschafts- und Industriestandortes ist der Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit von großer Bedeutung. Folgende Einschätzungen gaben die antwortenden Unternehmen:

- 88 Prozent der Unternehmen äußern sich dahingehend, dass die Rahmenbedingungen für Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien und Direktlieferverträgen verbessert werden sollten.
- 82 Prozent der Unternehmen merken an, dass Steuern und Abgaben auf den Strompreis weiter gesenkt werden sollten.
- 82 Prozent der Unternehmen bemerken, dass Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit die Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen sein sollten.
- 77 Prozent der Unternehmen weisen darauf hin, dass Engpässe bei Übertragungs- und Verteilnetzen durch eine stabile Energieversorgung gelöst werden müssen.
- 65 Prozent der Unternehmen geben an, dass der Zugang zu Wasserstoff als Energieträger für alle Branchen und in allen Regionen planungssicher hergestellt werden sollte.
- 62 Prozent der Unternehmen stimmen zu, dass neben Wasserstoff, der aus erneuerbarem Strom erzeugt wird, auch CO₂-armer Wasserstoff aus weiteren Herstellungsverfahren am Markt vorhanden sein sollte.
- 42 Prozent der Unternehmen merken an, dass die einheitliche Strompreiszone in Deutschland erhalten bleiben sollte.

Unter **DIHK 2024** finden Sie die Auswertung des DIHK-Energiewendebarmeters für die gesamte Bundesrepublik und weitere Informationen zum Stand der Energiewende in Deutschland und zur Systematik der Erhebung zum Energiewendebarmeter 2024.

Ansprechpartner:

Daniel Borrmann ☎ 0241-4460-271 @ daniel.borrmann@aachen.ihk.de
 Markus Cammerzell ☎ 0211-3670 2-12 @ markus.cammerzell@ihk-nrw.de